

Schweiz: SVP-Inserate stoßen bei Linken und Moslems auf Kritik

☒ Die *Schweizerische Volkspartei (SVP)* ist eine bürgerlich-konservative, mittelstandsfreundliche Schweizer Regierungspartei, die dank ihrer polarisierenden Wirkung in den 1990er-Jahren zur stärksten politischen Kraft der Schweiz aufgestiegen ist. Auch vor den Kantonsratswahlen am 15. April hat die SVP mit einer in mehreren Schweizer Zeitungen geschalteten islamkritischen Anzeigen-Kampagne wieder für großes Aufsehen bei [Parteien](#) und [islamischen Organisationen](#) gesorgt.

CVP, EVP, Grüne, SP und Alternative Liste beklagten, die Inserate der SVP würden „diffuse Ängste vor dem Islam politisch instrumentalisieren“. Dabei sind die von der SVP beschriebenen Zustände keineswegs „diffus“. Wer Opfer einer Vergewaltigung durch einen frauenfeindlichen, islamisch sozialisierten Migranten wurde, wer die vielfach vorkommende diskriminierende, feindschaftliche Haltung islamisch sozialisierter Migranten als reale Bedrohung seiner Person und Rechte erlebt, muss sich als Opfer von Diskriminierung und Gewalt durch die Diffamierungskampagne gegen die SVP verhöhnt fühlen.

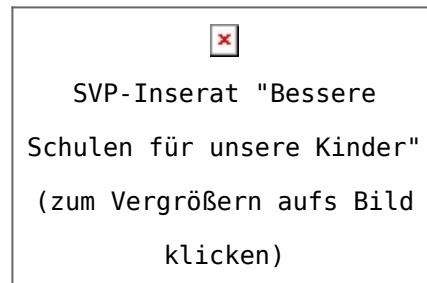
Die SVP nimmt sich der Rechte der Schweizer Bürger an, anstatt sich dem von linken und politisch korrekten Parteien propagierten Generalfreispruch der gesamten islamischen Kultur zu unterwerfen. Das geschieht in Übereinstimmung und aus Verpflichtung gegenüber den Menschenrechten.

Die linken und pc-Parteien versuchen das Engagement der SVP für Menschenrechte zu diffamieren, indem sie unlautere Absichten unterstellen. Den Vorwurf der „Instrumentalisierung“

einer Thematik kann man praktisch jeder Partei machen, die sich welchem Anliegen auch immer annimmt. So z.B. den Linksparteien, wenn sie den zweifellos vorhandenen Rechtsextremismus für ihre Zwecke ausschlachten.

Das Inserat der SVP tangiere inhaltlich die Religionsfreiheit der Muslime und stelle diese unter einen Generalverdacht, heisst es in der Erklärung der fünf Parteien und der Vereinigung islamischer Organisationen Zürich. Musliminnen und Muslime müssten sich durch sie zu Recht bedroht fühlen.

Die üblichen Verleumdungs- und Dramatisierungsphrasen. Die Religionsfreiheit wird in keiner Weise angetastet. Doch die Islamfreunde wollen jegliche Kritik am Islam und wie er sich auswirkt unter Totaltabu stellen. Weder sollen fragwürdige, mit den Menschenrechten nicht zu vereinbarende Lehren des Islam noch wie diese Lehre sich im Sozialisationsprozess auswirkt, angesprochen werden dürfen.



Die Schweizer Islamfreunde unterstellen der SVP im Generalverdacht (genau das, was sie der SVP vorwerfen, betreiben sie selbst) Religionsfreiheit abzulehnen. Tatsächlich benennt die SVP Missstände, die eindeutig mit islamischer Sozialisation zusammen hängen. Religionsfreiheit darf kein Freibrief für Gewalt und Diskriminierung sein, wie dies zum Teil von Vertretern islamfreundlicher Politik umgesetzt wird. Z.B. indem die islamische Geschlechterapartheid oder islamische Aspekte des Eherechts akzeptiert werden.

Die islamophilen Parteien der Schweiz konstruieren ein rein fiktives Bedrohungsszenario, das von der SVP gegen alle

Moslems ausgehen soll. Nur auf fiktiver Basis können die Islamophilen ihre Verleumdung gegen die SVP aufrecht erhalten. Nicht jedoch auf Fakten begründet. Verleumdung und geradezu Verteufelung ist ein beständig wiederkehrendes Motiv, das pro-islamische Interessensgruppen anwenden, um Andersdenkende durch Einschüchterung mundtot zu machen und durch Diffamierung auszugrenzen.

Polemik gehöre zwar zu einem Wahlkampf, hielten die Vertreter der Parteien fest. Wenn aber Angehörige einer ganzen Religion als Bedrohung dargestellt würden, dann sei der Punkt erreicht, gemeinsam „So nicht“ zu sagen. Generelle Verdächtigungen aufgrund einer Zugehörigkeit zu einer Religion würden nämlich die Grundlagen der Demokratie und des Zusammenlebens angreifen.

Keineswegs inakzeptabel erscheint den Islamophilen hingegen, dass der Islam in seinen Lehrschriften Nicht-Moslems in erschreckend intensiver Weise als böseartig und minderwertig beschreibt und sogar zu deren Tötung vielfach auffordert.



SVP-Inserat

"Sichere
Schulen,
Quartiere
und
Straßen"

(zum
Vergrößern
aufs Bild
klicken)

Wie üblich verschanzen sich die Islamophilen hinter dem Scheinargument, man würde eine gesamte Personengruppe verunglimpfen, sobald man Zusammenhänge zwischen islamischer Sozialisation und Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Gewalt anhand überprüfbarer Befunde thematisiert. Der stark

überproportionale Anteil an Gewalt- und Diskriminierungsakten islamisch Sozialisierter ist allerdings ein Indiz dafür, dass die islamische Kultur eine hohe Affinität zur Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt beinhaltet, was eindeutig mit den Lehr- und Glaubensschriften des Islam überein stimmt. Das heißt nicht, wie unterstellt, dass 100% aller Moslems die Gebote und Ansichten des Islam umsetzen und verinnerlicht haben. Es geht ausschließlich um die anhand ihrer Taten beschriebenen Personen. Der unterstellte Generalverdacht ist eine undifferenzierte, in diffamierender Absicht erhobene Verleumdung gegen die SVP.

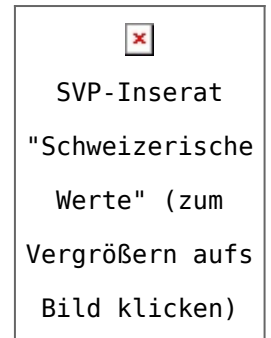
Es muss eine kritische Hinterfragung des Islam als Religion, Ideologie und Gesellschaftsform stattfinden, wenn man die Menschenrechte bewahren will. Islamische Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft dürfen nicht länger die Rechte der Bürger (auch der islamischen!) einschränken.

Das kritisierte Inserat der SVP des Kantons Zürich ist vergangene Woche in diversen Zeitungen erschienen. Es zeigt betende Muslime vor dem Bundeshaus und trägt den Schriftzug „Islamische Bevölkerung +1560%“. Daneben preist sich die Volkspartei als einzige Partei an, die „konsequent gegen die Ausbreitung des Islams ist“.

Die linken und pc-Parteien argumentieren in einer arroganten Weise, als hätten sie allein ein Bestimmungsrecht, wie Missstände und problematische Entwicklungen in der Schweiz angesprochen werden dürfen. Nämlich garnicht, wenn sie mit dem Islam zu tun haben.

Mit der Ausbreitung des Islam haben Menschenrechtsverletzungen überall in Europa dramatisch zugenommen. Einerseits durch diskriminierende Übergriffe gegen Nicht-Moslems und in besonderem Maße gegen Frauen. Zum anderen durch bisher im Westen unbekannte Verbrechensarten wie Ehrenmorde und Zwangsehen, die die elementarsten Grundrechte der in Europa

lebenden Moslems verletzen.

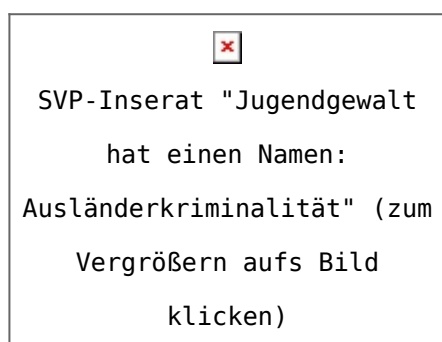


Die Ausbreitung des Islam steht spiegelbildlich zur Zunahme von Menschenrechtsverletzungen durch die Umsetzung von Elementen islamischer Sozialisation. Wer das leugnet, leugnet auch das Leid der Opfer islamischer Diskriminierung und Gewaltaffinität. Die Fürsprecher des Islam, die nicht einmal bereit sind darüber offen zu diskutieren, dass islamische Sozialisation im Zusammenhang mit schwersten Menschenrechtsverletzungen stehen „könnte“, wollen die freie Meinungsäußerung und ihnen unliebsame Fakten durch Diffamierung unterdrücken.

Es ist ein Gebot für alle Demokraten und Fürsprecher der Menschenrechte – ob in der Schweiz oder in Deutschland -, sich gegen die linke und politisch korrekte Tabuisierung von Menschenrechtsverletzungen aufgrund islamisch-kulturellen Einflusses zu stellen. Die Grundrechte auch für Moslems zu verteidigen, die Opfer islamischer Religion und Kultur sind, und sich für ein freies, menschenwürdiges Leben entscheiden möchten, wie es westliche Verfassungen eigentlich garantieren. Umso mutiger, daß sich die Schweizer FDP dem Gesinnungs- und Diffamierungsdruck der islamfreundlichen Parteien widersetzt:

Die FDP beteiligt sich nicht an der Stellungnahme der „Multikulti-Romantiker“ gegen die SVP. In einem bereits gestern veröffentlichten Communiqué schreibt sie, sie verweigere sich dem Scheingefecht, das nach dem Gut-Böse-Schema ablaufe. Gleichzeitig verlangt sie eine konstruktive Debatte über das Thema.

Und genau diese Konstruktivität wird von linken und pc-Parteien verweigert. Schlimmer noch: Sie wollen vertuschen, dass die viel gepriesene „multikulturelle Bereicherung“ einen sehr starken „Bereicherungsfaktor“ beim Verbrechenszuwachs, Rassismus und bei der Diskriminierung (gegenüber Ungläubigen und Frauen) sowie eine überproportionale Belastung der Sozialkassen bedeutet. Die Fürsprecher islamischer Expansion fürchten um ihren Einfluss und ihre Pfründe, wenn sich herausstellt,



dass ihre pro-islamische Haltung eklatante Missstände hervorruft. Sie stünden offen und deklariert da als das, was sie unterstützen: Befürworter einer Kultur, die unvereinbar mit den Menschenrechten ist und offen westliche Verfassungen ablehnt und versucht zu überwinden. Noch schlimmer aber: Indem die Islamophilen islamische Strukturen fördern, unterstützen sie zugleich die islam-interne Repression und Indoktrination. An jedem Ehrenmord, an jeder Zwangsehe, an jedem Akt islamisch motivierter Frauen- und Ungläubigenfeindlichkeit, an jeder durch islamische Sozialisation begünstigten Gewalttat tragen sie Mitverantwortung.

Ein besonders wichtiger, bisher viel zu kurz gekommener Aspekt bei der europäischen Islamdebatte ist, von den Moslems in Europa eine aktive, kritische Aufarbeitung ihrer Kultur zu verlangen. Islamische Verbände (die keineswegs für alle Moslems sprechen) sehen sich grundsätzlich als Opfer. Sie halten den Islam für absolut nicht kritikwürdig. Und sie stellen sich auch keiner Selbstkritik, wenn Moslems aufgrund islamischer Sozialisation diskriminieren und Verbrechen begehen (die islamfreundlichen Politiker und Medien teilen

diese Ansicht nahezu vollständig). Ein Beispiel für genau diese Haltung bietet die Vereinigung der islamischen Organisationen in Zürich (VIOZ), die in einer [Pressemitteilung](#) wie folgt Stellung zu den SVP-Inseraten nimmt:

Wir Muslime können es nicht verhehlen, dass wir über das aktuelle Inserat der SVP erschrocken und zutiefst enttäuscht sind. In diesem Inserat wird auf unwürdige Weise auf die muslimische Minderheit eingehackt. Es ist keine Heldentat und kein rühmlicher Akt, wenn ein Riese auf eine wehrlose, kleine Menschengruppe (5% der Bevölkerung) einschlägt, dieser Gruppe Unwahrheiten unterstellt und somit die gesamte schweizerische Bevölkerung manipuliert...

Als könnten Minderheiten, bzw. Mitglieder aus diesen Minderheiten, niemals Täter sein. Der islamische Verband nutzt gezielt die im Westen verbreitete Neigung zur Mitleidssolidarität mit vermeintlich Schwächeren aus. Doch aus dieser Bevölkerungsgruppe kommt ein weit überproportionaler Anteil an Aggression.

Arrogant nimmt der VIOZ für sich in Anspruch, für alle Moslems in der Schweiz zu sprechen („wir Muslime“). Auf den Umstand der vielen Verbrechen durch Moslems aufgrund islamischer Sozialisation geht der VIOZ erst gar nicht ein. So als gäbe es diese nicht. Ebenso verschweigt der VIOZ, wie der Islam – sprich der Koran – “auf unwürdige Weise auf die ungläubige Mehrheit eingehackt“ (sinngemäß umgedrehtes Zitat VIOZ).

Würden die Moslems in Europa ihre islamische Kultur kritisch hinterfragen, sich abwenden von der Lehre des Islam und hinwenden zu Menschenrechten und friedlichen Religionen, Geschlechterapartheid eintauschen mit Gleichberechtigung, herabsteigen vom hohen Ross vermeintlicher Überlegenheit gegenüber Menschen die andere Weltanschauungen pflegen – dann gäbe es all diese spezifischen Probleme mit islamischen Migranten und islamischer Kultur nicht. Moslems würden sich

genauso problemlos integrieren können, wie Mitglieder anderer Kulturen auch.

Doch die Islamfreunde und die islamischen Verbände deuten dieses islamspezifische Problem zu einem „westlichen“ Problem um. Wir Einheimischen gelten als grundsätzlich schuldig, wenn es Schwierigkeiten mit dem Islam gibt. Dabei ist offensichtlich, dass der Islam weltweit die selben Konfliktmuster mit allen anderen Kulturen ebenfalls aufweist. Der Westen jedoch mit anderen Kulturen nicht die selben Schwierigkeiten hat wie mit dem Islam.

Mit säkularen Moslems, ehemaligen Moslems, und solchen, die islamische Sozialisation nicht erfahren haben, oder diese selbst überwinden konnten, gibt es ebenfalls keine Integrationsprobleme. Die kulturelle Front verläuft nur auf den ersten Blick zwischen dem Westen und dem Islam. Sie verläuft in Wirklichkeit zwischen freiheitsliebenden Befürwortern der Menschenrechte aus beiden Kulturkreisen und faktischen Gegnern der Menschenrechte, die die islamische, menschenrechtskonträre Kultur ausbreiten möchten, die ebenfalls in beiden Kulturkreisen anzutreffen sind.

Passend dazu hier ein aktueller Videoclip von SVP-Nationalrat Ulrich Schlür:

(Spürnase: Martin)

Ägypten: 4 Jahre Haft für Blogger wegen „Beleidigung

des Islam“

☒ Ein Gericht in der ägyptischen Hafenstadt Alexandria hat einen Blogger wegen „Beleidigung der Religion und des Präsidenten“ [zu vier Jahren Haft](#) verurteilt. Mohammed Abdul Karim Suleiman (Foto), den Lesern seines [Blogs](#) auch unter dem Namen Karim Amer bekannt, hatte sich unter anderem kritisch zum Thema Fasten der Muslime im Ramadan und zu Menschenrechtsfragen geäußert. Das Urteil beweist einmal mehr, wie schlecht es in islamischen Ländern mit der Meinungsfreiheit bestellt ist.

(Spürnasen: DB, b. jellyfish, Huerlaender, Lebowski und Gerhard Sch.)

Jugendgewalt in Berlin: *rbb* lügt die Wirklichkeit zurecht

☒ In Berlin „liefern“ Migranten über 80% der rasant steigenden Anzahl jugendlicher Gewalttäter, wie der *Tagesspiegel* heute ehrlich [berichtete](#). Der öffentlich-rechtliche Sender *rbb* [„informiert“](#) uns auch. Allerdings ohne den Migranten auch nur zu erwähnen. Das Foto eines Rechtsextremen suggeriert stattdessen, dass die Zunahme der Jugendgewalt hier ihre Ursache findet. Mit Information hat das nichts mehr zu tun, das ist Verlogenheit pur!

(Spürnase: Konrad)

Evangelischer Pfarrer kritisiert „Abwertung des Islam“

☒ Je gewalttätiger, niederträchtiger und menschenverachtender der real existierende Islam auftritt und je unverschämter und anspruchsvoller seine Repräsentanten sich aufführen, desto mehr Fürsprecher findet er bei uns. Ob Politiker, Medien oder Kirchenvertreter, überall finden sich willige Helfer der Eroberer. Die *Nürnberger Nachrichten*, [zeigen sich](#) heute verständnisvoll gegenüber der islamischen Verstimmung an der [Leitschrift der evangelischen Kirche](#).

Als Zeuge der Anklage tritt der evangelische Theologe Hans-Martin Gloël auf, der – wie sollte es anders sein – die Moslems natürlich verstehen kann. Der hat sich längere Zeit in islamischen Ländern aufgehalten und schreibt zum Beispiel auch für die linksextreme und islamophile AG *Friedensforschung an der Uni Kassel* Beiträge, wo er dann von der Friedensliebe der Palästinenser schwärmen und über die USA und Israel [herziehen](#) kann. Und er organisiert die [„Woche des christlich-islamischen Dialogs“](#) in Nürnberg mit. Dieser Pfarrer jedenfalls darf nun auch in den *Nürnberger Nachrichten* die moslemischen Befindlichkeiten erklären, und entdeckt eine „Oberlehrerhaltung“ in der EKD-Handreichung [„Klarheit und gute Nachbarschaft – Christen und Muslime in Deutschland“](#).

Die 125-seitige Broschüre vom vergangenen November verfolge, so der Theologe, offenbar den kirchenpolitischen Zweck, die eigenen Reihen fester zu schließen: «Sie sendet das Signal aus: Wir verfolgen gegenüber dem Islam keine lockere Linie, und wir geben unsere eigenen Positionen keineswegs auf.» Auch

Gloël ist für einen behutsamen Umgang mit Islam-Ängsten im Kirchenvolk, «man muss deshalb aber nicht gleich als Verteidiger des Abendlandes auftreten, das können rechte Politiker besser». Für die muslimischen Spitzenverbände gehe von der Schrift die Botschaft aus: Das Christentum ist gut und aufgeklärt, der Islam ist schlecht und unaufgeklärt.

Super! Der Passus enthält die wesentlichen Schlüsselwörter: Islam-Ängste (die selbstverständlich unbegründet sind) und rechte Politiker, die das Abendland verteidigen.



Der Nürnberger Pfarrer hält es zum Beispiel für «nicht förderlich» wenn die EKD davon redet, dass in die Diskussion über das Verhältnis zum Rechtsstaat auch «Erfahrungen von Muslimen aus ihren Herkunftsländern einfließen» wie politischer Mord, Hass und Gewalt. Hier werde, so Gloël, zu pauschal ein Schluss gezogen, den man in dieser allgemeinen Form nicht ziehen könne.

Genau, über unschöne Dinge bitte nicht reden, und erst recht nicht die Moslems bitten, ihr Verhältnis zu Hass und Gewalt zu überdenken. Wäre ja noch schöner, wo das doch alles nichts mit dem Islam zu tun hat!

Unglücklich ist er auch darüber, wie das Thema Mission abgehandelt wird. «Natürlich geht es bei der Kirche nicht ohne Mission, ich verstehe die heute aber so, das Christen ihr Glaubenszeugnis ablegen; der Dialog mit anderen muss dennoch auf Augenhöhe möglich sein.» In der EKD-Schrift werde zum Beispiel ein zu großes Gewicht auf den christlichen Glauben an den dreieinigen Gott (Vater, Sohn und Heiliger Geist) gelegt. Muslime lehnen dieses Verständnis ab. Sie

kennen nur die eine, allumfassende Gottheit Allahs.

Wie bitte? Ein christlicher Theologe kritisiert die eigene Kirche, weil sie sich klar zu ihrem Glauben bekennt? Christen sollen nicht mehr an den dreieinigen Gott glauben, weil Moslems das auch nicht tun, oder jedenfalls nicht so bedingungslos? Ein bißchen Allah zulassen und die Dreieinigkeit abschaffen? Und bei der Gelegenheit Allah, den Höllenfürsten, mal eben mit dem christlichen Gott gleichsetzen? Ein Verräter an der eigenen Kirche! Und um dem Beitrag die journalistische „Objektivität“ zu sichern, lassen die *Nürnberger Nachrichten* auch noch einen Moslem zu Wort kommen:

Auch Ilhan Postaloglu kritisiert die Handreichung. Der Elektromeister ist Vorsitzender des türkisch-staatlichen Vereins Ditib in Nürnberg. Mit rund 600 Mitgliedern ist er der größte Moschee-Verein in der Stadt. «Der Islam wird gegenüber dem Christentum generell etwas benachteiligt», sagt er gegenüber den NN, «die Verfasser kennen sich im Islam offenbar nicht sehr gut aus.» Postaloglu meint, statt auf den Kern der Religion zu schauen, würden Lebensart, soziale Gegebenheiten und kulturelle Traditionen in verschiedenen Ländern unzulässiger Weise mit dem Islam verknüpft. Es werde zu wenig differenziert. Zum Beispiel führe kein Weg daran vorbei, dass Mohammed der Frau einen hohen Stellwert eingeräumt hat, auch wenn Frauen in manchen Ländern noch benachteiligt sind. Es werde auch der falsche Eindruck erweckt, als sei der Islam für Gewalt. «Niemand, auch kein Muslim, hat aber das Recht, einem anderen Menschen das Leben zu nehmen.»

Ach ja, da sind sie wieder, die Traditionen und Bräuche, die den Islam in Verruf bringen, weil sie nur in islamischen Ländern vorkommen. Und „in manchen Ländern sind Frauen noch benachteiligt“. Ja, insgesamt in manchen – nur eben in allen

islamischen, aber das hat natürlich nichts mit dem Islam zu tun ...

Postaloglu versichert, dass in Nürnberg die Türen für den Dialog offen bleiben. «Da lassen wir uns von der EKD-Schrift nicht beeinflussen.»


Da sind wir aber erleichtert!

»  an Hans-Martin Gloël

(Spürnase: Feuervogel)

Politischer Aschermittwoch der CSU: Best of Edmund Stoiber

UN-Klimaschutzbericht: Uns bleiben nur noch 13 Jahre Zeit...

 Nun ist es also raus: In genau 13 Jahren [explodiert die Klimabombe](#). Wir fragen uns: Warum gerade 13 Jahre? Warum nicht zwölf oder 14 Jahre? Oder ist der dritte Teil der IPCC-Studie, der gestern veröffentlicht wurde, vielleicht doch wieder nur

die typische ideologische Panikmache aus [politischen Gründen](#)?

Wir halten uns da lieber an Tschechiens Präsident Václav Klaus, der in [einem äußerst lesenswerten Interview](#) sagte:

„Global warming ist ein Mythos, und ich denke, dass jeder ernsthafte Mensch und Wissenschaftler dies auch sagt. Es ist nicht in Ordnung, sich auf das UN-Gremium zu berufen. IPCC ist kein wissenschaftliches Gremium: es ist eine politische Institution, eine Art Nicht-Regierungs-Organisation mit grünem Charakter. Es ist kein Forum von neutralen Wissenschaftlern oder eine ausgewogene Gruppe von Wissenschaftlern. Seine Mitglieder sind politisierte Wissenschaftler, die sich mit einseitiger Meinung und mit einseitigem Auftrag dort einfinden.“

» *Fakten & Fiktionen:* [Klimawandel: «Im Grossen und Ganzen Mumpitz»](#)

Junge Moslems bespucken Schweinefleisch in Metzgereien

✘ Immer häufiger kommt es vor, dass jugendliche Kulturbereicherer in deutschen Metzgereien Schweinefleischprodukte bespucken. Da das Schwein im islamischen Glauben ein unreines Tier ist, sollen wir gefälligst aufhören, Schweine zu essen. Das [berichtet Pax Europa](#).

Erst hielten wir die vereinzelt bei uns eingehenden Meldungen

für isolierte Einzelfälle. Inzwischen aber fügt sich das Bild zu einer Einheit: In vielen deutschen Metzgereien soll es in den vergangenen Monaten nach uns vorliegenden Einzelberichten (sich häufende) Fälle gegeben haben, bei denen jüngere Muslime in den Laden kamen, auf die Glasscheiben der Auslagen mit Schweinefleisch spuckten und die Angestellten beschimpften. Sie fordern die Metzgereien dazu auf, künftig kein Schweinefleisch mehr zu verkaufen.

In den meisten Fällen sollen die Täter aus der Nachbarschaft stammen und den Angestellten bekannt gewesen sein. Und in (fast) allen uns bekannt gewordenen Fällen erstatten die Metzgereien keine Strafanzeige. Grund: Sie haben Angst vor der Öffentlichkeit und fürchten, dass ihnen die Kunden wegbleiben. Bespuckte Auslagen in einer Metzgerei – das ist nicht verkaufsfördernd. (Quelle: Eigenbericht Redaktion Akte Islam)

Uns so bleibt das unmögliche Benehmen moslemischer Jungmänner wieder einmal folgenlos (obwohl eine Anzeige sicherlich auch nichts bringen würde, schließlich haben wir Verständnis für islamische Befindlichkeiten). Häufen sich die Spuckattacken, werden die Fleischer dhimmimäßig gehorchen. Statt Schutzgeld gibt's dann eben kein Schweinefleisch mehr!

(Spürnasen: [FreeSpeech](#) und b. jellyfish)

**Berlin: Jugendliche immer
brutaler, Richter immer**

milder



In der deutschen Hauptstadt wird es immer absurder: Auf eine steigende Zahl von Festnahmen [immer brutaler](#) agierender Jugendlicher steigt, reagieren die Haftrichter mit mildem Verständnis. Immer mehr Haftbefehle werden mit Haftverschonung ausgestellt, so dass die Stecher und Schläger unter Meldeauflagen gleich wieder auf ihre Mitmenschen losgehen können.

Die Zahl der Kulturbereicherer an den Straftätern liegt bei über 80%! Und wieder ist es der *Tagesspiegel*, der uns über diese Zustände informiert.

In Berlin hat im vergangenen Jahr die Jugendgewalt um mehr als fünf Prozent zugenommen. Das geht aus einem Bericht des Landeskriminalamtes (LKA) hervor, der dem Tagesspiegel vorliegt. Die jugendlichen Schläger greifen außerdem immer häufiger zu Waffen. Die Zahl der bei Straftaten eingesetzten Waffen stieg in den ersten drei Quartalen 2006 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 31 Prozent. Besonders drastisch ist der Anstieg bei „Hieb Waffen“, also Knüppeln und Totschlägern, mit 76 Prozent. Messer wurden 25,6 Prozent mehr eingesetzt.

Wie es in dem LKA-Bericht weiter heißt, hat der Anteil an nichtdeutschen Tatverdächtigen weiter zugenommen. Der Anteil der deutschen Täter liegt in vielen Bezirken der Stadt nur noch bei 15 oder 20 Prozent. (...)

Obwohl die Zahl der festgenommenen Jugendlichen in den ersten drei Quartalen 2006 um 12,2 auf 1163 gestiegen ist, sank die Zahl der anschließend ausgestellten Haftbefehle um neun Prozent – obwohl immer mehr Waffen eingesetzt wurden, die Täter also brutaler vorgehen. Die Zahl der Haftbefehle mit

„Verschonung“ (die Täter dürfen gegen Meldeauflagen nach Hause) stieg dagegen um fast elf Prozent. Zudem wurden 2006 wesentlich mehr Tatverdächtige vom Richter ohne Haftbefehl laufen gelassen, kritisierte der Landesvorsitzende des Bundes deutscher Kriminalbeamter, Rolf Kaßauer.

In der Direktion 4 (Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg) wurden 271 Tatverdächtige ermittelt, von denen 137 einen deutschen Pass hatten. Doch von diesen 137 stammen laut Polizei nur 48 aus Deutschland. 36 sind aus der Türkei, 34 aus dem Libanon, der Rest kommt aus anderen Staaten. „Nichtdeutsche oder Deutsche nichtdeutscher Herkunft“ machen 82,3 Prozent der Täter aus, heißt es in dem Bericht. In der Direktion 3 (Mitte) sind 85 Prozent der Täter nichtdeutscher Herkunft. Die für Neukölln zuständige Direktion 5, die auch für Friedrichshain zuständig ist, kommt auf 71,6 Prozent. Unter den Vielfachtätern stellen Ausländer dort fast schon 100 Prozent: In der Direktion 5 haben nur drei von 130 Intensivtätern nach Angaben eines Ermittlers einen deutschen Namen.

Darf man sowas denn sagen? Oder schürt man damit Generalverdacht?

(Spürnasen: Florian G., Marcio S. und Marek M.)